

Wochenblatt

für Zschopau und Umgegend



Zschopauer Tageblatt u. Anzeiger

Das „Wochenblatt für Zschopau und Umgegend, Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“, erscheint wöchentlich. Monatlicher Bezugspreis 1,70 M. Zustellgeb. 30 Pf. Bestellungen werden in unbeschränkter Weise angenommen.

Das Wochenblatt für Zschopau und Umgegend (Zschopauer Tageblatt und Anzeiger) ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zschopau, des Finanzamts und des Stadtrats zu Zschopau bestellbarste bestimmte Blatt.

Anzeigenpreise: Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 25 Pf.; Radfahrblätter A; Radweiss 25 Pf.; Ritzanzeigengebühr 30 Pf. zuzüglich Porto.

Organ für die Orte: Reumersdorf, Waldkirchen, Börschen, Dohnsdorf, Willischthal, Weibach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Wilsdorf, Schatzstein, Schlöben, Vordorf

Nr. 172

Freitag, den 26. Juli 1935

103. Jahrgang

Holland in innerpolitischer Krise

Regierungsturz oder Neuwahlen?

Seit einigen Tagen befindet sich Holland in einer Regierungskrise, oder besser gesagt in einer Krise des niederländischen Parlamentarismus. Man hält es daher in politischen Kreisen der holländischen Hauptstadt für möglich, daß die Regierung des Ministerpräsidenten Collijn nicht zurücktritt, sondern daß vielmehr einer Auflösung der holländischen Kammer Neuwahlen folgen werden.

Die Schuld an der zerfahrenen innerpolitischen Lage in Holland gibt man der römisch-katholischen Staatspartei, gegen die fast die gesamte nicht-katholische Presse den Vorwurf erhebt, durch ihre Haltung die Niederlande in ein Abenteuer geführt zu haben, dessen Folgen nicht zu übersehen seien. Die holländische Zeitung „Telegraaf“ schreibt:

Die römisch-katholische Staatspartei möchte mit der Sozialdemokratie den Gulden entwerfen, denn in der Tat sei das Bündnis zwischen Katholiken und Sozialdemokraten eine vollzogene Tatsache. Abgesehen davon, daß die Annäherung zwischen der römisch-katholischen Staatspartei und der Sozialdemokratie nicht erst seit gestern. Schon der verstorbenen frühere Führer der katholischen Fraktion, Monsignore Rolens, der genau die Vorteile kannte, die die ehemalige Zentrumspartei in Deutschland durch ihr Zusammengehen mit den

Linksparteien zu erreichen wußte, versuchte, dem Beispiel seiner deutschen Glaubensgenossen zu folgen.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt, die Niederländische Bank sei auf die Angriffe auf die Guldenwährung im Falle einer Regierungskrise in jeder Hinsicht vorbereitet gewesen.

Die Frage, ob jetzt bereits eine Kapitalflucht aus den Niederlanden eingeleitet habe, bleibe offen. Bereits vor einigen Tagen sei eine starke „legitime“ Nachfrage nach Auslandsdevisen für Handelszwecke festzustellen gewesen. Wenn jemand beispielsweise eine Handelsverpflichtung in Dollar oder Pfunden habe, so werde er unter den jetzigen Umständen keineswegs mit der Deckung seines Devisenbedarfs warten. Schon aus diesem Grunde erfolge eine gewisse Schwächung der Position des Gulden auf dem internationalen Valutamarkt.

Die drastische Diskonterhöhung der Niederländischen Bank um volle 2 Prozent sei ausschließlich wegen der politischen Krise erfolgt.

Den Kapitalabzügen müßte die Bank unbedingt Einhalt gebieten. Die Geldverluste hätten in den letzten Tagen beachtlichen Umfang angenommen. Man hat die letzten Goldabzüge auf mehr als 50 Millionen Gulden berechnet.

gezeichnet hat und schwerverletzt heimgebracht ist, unförmlich verhalten. Vor dem Geschäftshaus kam es zu Zusammenstößen, in denen das Publikum seiner Erregung über das unförmliche Verhalten des Behrden lebhaften Ausdruck gab.

Aberwachung nichtarischer Künstler.

Sonderauftrag für Hans Hinkel.

Der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, hat mit sofortiger Wirkung Hans Hinkel, den Geschäftsführer der Reichskulturkammer, nach Erledigung seines Auftrages als preussischer Staatskommissar unter Verbeibehaltung seines derzeitigen Arbeitsbereiches zu seinem Sonderbeauftragten für die Überwachung und Beaufsichtigung der Betätigung aller im deutschen Reichsgebiet lebenden nichtarischen Staatsangehörigen auf künstlerischem und geistlichem Gebiet berufen.



Hans Hinkel, (Wagenborg-Bildarchiv.)

Bewegung und Hochschule.

Ein grundsätzlicher Aufsatz des Beauftragten des Stellvertreters des Führers für Hochschulfragen.

Der Beauftragte des Stellvertreters des Führers für Hochschulfragen, Dr. Wagner, hat unter der Überschrift „Bewegung und Hochschule“ im „Völkischen Beobachter“ einen grundsätzlichen Aufsatz geschrieben, in dem er zur Frage der Korporationen Stellung nimmt. In dem Artikel heißt es u. a.:

„Die Partei wird Verbände und Korporationen — solange sie sich nicht in staats- und parteifeindlichem Sinne betätigen, wie im Fall Sarsow-Russia — in ihrem Eigenleben ebenso wenig behindern, wie sie es ablehnen muß, sie mit Hilfe der nationalsozialistischen Weltanschauung zu konservieren. Die von mancher Verbandseite geäußerte Meinung, die Partei beachtliche, aus den Korporationen oder gar Verbänden nationalsozialistische Zellen und Erziehungsgemeinschaften zu machen, ist deshalb auch vollkommen irrig. Die einzige jüdische Gemeinschaft der Partei und innerhalb der Partei ist der NS-Studentenbund. Wer von den Korporationsstudenten sich zu dessen Grundfragen bekennt und damit zu den Grundfragen der Partei, ist willkommen und soll, wenn er sich auf der Hochschule und in den Ferienlagern des Studentenbundes bewährt hat, die Mitgliedschaft haben, Anwärter und später auch Mitglieder des Studentenbundes zu werden. Die Partei lehnt dabei in ihrer Erziehungsarbeit jeglichen Zwang ab. Sie zwingt niemanden in ihre Schulungsarbeit und die Lager des Studentenbundes, wahrte vielmehr, wie immer, auch hier das unbedingte Prinzip der Freiwilligkeit.“

An anderer Stelle schreibt Wagner über die Aufgabe des NS-Studentenbundes u. a.: „Aus der bisherigen Zurückhaltung des Studentenbundes haben manche anscheinend den Schluß gezogen, ihre Zeit wäre wiedergekommen und die Partei sei bereit, die Erziehungsarbeit anderen Stellen — etwa ihnen selbst — zu überlassen. Sie befinden und befinden sich in einem argen Irrtum.“

Ein NS-Dozentenbund.

Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, hat eine Anordnung erlassen, nach der der NS-Dozentenbund in seiner bisherigen Organisationsform als Untergliederung des NS-Lehrerbundes aufgelöst wird. Alle Parteigenossen an den Hochschulen, soweit sie Hochschullehrer sind, werden — unbeschadet ihrer Mitgliedschaft im NS-Lehrerbund — zu einem NS-Dozentenbund zusammengefaßt. Mitglieder können nur Parteigenossen sein.

Zum Reichsamtsleiter des NS-Dozentenbundes ist Prof. Dr. Walter Schulze, München, ernannt worden.

Mit den Staatsfeinden niemals ein Kompromiß!

Eine Mitteilung der Obersten SA-Führung

Zu der Meldung, daß sich in Bocholt ein Fall von Denkmalschändung zugetragen, als deren Urheber die Staatspolizei Kommunisten und Zentrumangehörige feststellte, teilt die Oberste SA-Führung u. a. mit:

Es ist kein Zufall, daß gerade SA-Männer als Täter besonders bei Denkmalschändungen und Denkmalsbeschädigungen angeprangert werden. Die Feinde des nationalsozialistischen Deutschland richten bewußt ihre Angriffe gegen die SA, wie einst in der Zeit vor der Machtergreifung, da sie merken, daß auch heute noch die SA der stärkste Block und der Kerntrupp der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Weltanschauung ist. Die SA wird in unerbittlicher Härte im Geiste ihrer toten Kameraden weiter marschieren und mit ihren Feinden niemals ein Kompromiß eingehen.

Auflösung des Stahlhelm im westlichen Mecklenburg.

Die mecklenburgische Politische Polizei teilt mit: Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 28. Februar 1933 werden die Kreise Parchim, Ludwigslust und die Ortsgruppe Waren des NSDFV (Stahlhelm) im Landesamt Hanja mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Damit ist auch das Tragen von Uniformen und Abzeichen des NSDFV für die betroffenen Kreise und für den Bezirk der Ortsgruppe Waren untersagt. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 4 der Verordnung vom 28. Februar 1933 strafrechtlich geahndet. Das vorhandene Vermögen wird vorläufig beschlagnahmt und sichergestellt.

In den Kreisen Parchim und Ludwigslust ist es wiederholt zu Widerständigkeitsfällen von Angehörigen des NSDFV gegen Anordnungen der staatlichen Behörden und Parteibienststellen gekommen. So hat die Führung des NSDFV im Kreise Parchim es in letzter Zeit noch zu verhindern gewußt, daß Stahlhelmmitglieder an den Aufschlupfungen, die von dem Landrat des Kreises angeordnet waren, teilnehmen. Weiter werden von diesen Kreisen dauernd unwahre, an Hochverrat grenzende Gerüchte über Staat und Partei verbreitet, die geeignet sind, das Vertrauen der Bevölkerung zu der nationalsozialistischen Staatsführung zu erschüttern. Durch das provozierende Auftreten von Angehörigen des NSDFV ist es so weit gekommen, daß in Stolp ein SA-Mann von Stahlhelmern niedergeschlagen wurde und in Waren Protestversammlungen wegen Zugehörigkeit

von Juden zum NSDFV abgehalten wurden. Die Vorgänge der letzten Zeit zeigen, daß der NSDFV in seinen Kreisen bewußt und planmäßig gegen den Staat arbeitet und daß seine Auflösung auf Grund der angezogenen Verordnung erforderlich ist.

Erlaubnis zum Religionsunterricht entzogen.

Wie die Pressestelle der Regierung in Münster mitteilt, ist den katholischen Pfarrern M. in Vaer und N. in Beckinghausen vom Regierungspräsidenten die Berechtigung zur Erteilung des Religionsunterrichts entzogen worden. Die genannten Pfarrer haben durch ihr Verhalten den Schulpflichten erheblich gekündigt und die Erziehung der schulpflichtigen Jugend im nationalsozialistischen Geiste auf das ernsteste gefährdet.

Baden für Juden verboten.

Der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund hat eine Verfügung erlassen, nach der Juden die Benutzung von Gemeinschaftsbädern untersagt ist. In der Anordnung heißt es: Da die überwiegende Mehrzahl unserer deutschen Volksgenossen sich durch die Anwesenheit von Juden belästigt fühlt, habe ich die Benutzung sämtlicher Frei-, Hallen- und Luftbäder für Juden gesperrt. In den Bädern werden Schilder angebracht: Juden haben in diesen Anlagen keinen Zutritt!

Eine entsprechende Verfügung wurde auch in München-Grabbach, Rheidi und Bochum erlassen, wo ebenfalls ab sofort den Juden der Zutritt zu Gemeinschaftsbädern verboten worden ist.

Die Bevölkerung und die Badegäste Wilsdröhs demonstrierten gegen die zunehmende Zahl jüdischer Badegäste. Die Volksmenge zog unter dem Abzeichen antisemitischer Lieder von Pension zu Pension, in denen Juden wohnten. Die Volksmenge, die sich diszipliniert und anständig verhielt, zog auch vor das jüdische Kinderheim. Die Leiter des Heims erklärten, das Heim zu räumen. Ebenso erklärten sich auch die übrigen Pensioninhaber bereit, ihre jüdischen Gäste aufzufordern, Wilsdröhs zu verlassen.

Der etwa 40jährige Jude Billy Behrend in Hannover wurde von der Geheimen Staatspolizei in Schutzhaft genommen. Er hatte sich einem seiner Gefolgschaftsmitglieder gegenüber, das sich im Weltkrieg aus-